

Die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Entwicklungsländer

von Pedro Morazán, SÜDWIND e.V.

Kontakt: morazan@suedwind-institut.de, Tel: 02241-259 531

Siegburg, 25.04.2009

Inzwischen werden die Auswirkungen der gegenwärtigen Finanzkrise auf die Entwicklungsländer von zahlreichen internationalen Institutionen als dramatisch eingeschätzt. In den Schwellenländern ist bereits ein starker Rückgang der Industrieproduktion von mehr als 30% zu beobachten. Die Fakten sprechen für sich. Infolge von Auftragsrückgängen auf den internationalen Märkten sind in China bereits mehr als 20 Mio. Menschen ohne Arbeit, in Indien gab es mehr als 200.000 Entlassungen alleine in der Diamantenindustrie, im Kongo 300.000 Entlassungen in der Rohstoffförderung und in Kambodscha sind mehr als 30.000 Textilarbeiterinnen ohne Job. Nach Einschätzung der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) werden 2009 weltweit mehr als 51 Mio. Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren. Arbeitsplatzverlust bedeutet in vielen Ländern Armut. Für 2009 rechnet die Weltbank damit, dass mehr als 50 Millionen Menschen das Heer der Armen vergrößern werden. Bereits infolge der Nahrungsmittelkrise waren 44 Millionen Menschen zusätzlich Opfer von Unterernährung geworden.

Das internationale Finanzsystem

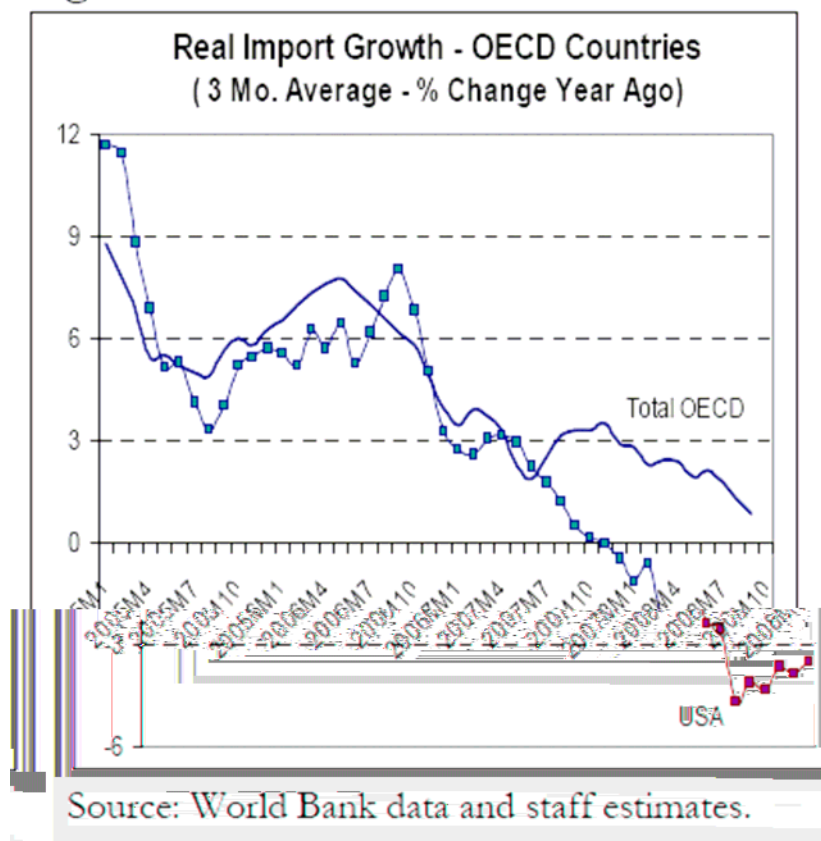
Die internationale Finanzkrise ist in erster Linie eine Kreditkrise und somit eine Krise des internationalen Bankensystems. Banken aus Schwellen- und Entwicklungsländern hatten bis auf wenige Ausnahmen (Hong Kong und Singapur) zwar nicht am Handel mit Derivaten teilgenommen. In Subsahara Afrika werden die Banken vor allem mit einheimischem oder regionalem Kapital versorgt und hängen nicht so stark von den ausländischen Krediten ab, um ihre Operationen zu finanzieren. Doch das Finanzsystem dieser Länder ist infolge der vom Internationalen Währungsfonds (IWF) verordneten Liberalisierung der Kapitalbilanz dennoch mit den internationalen Finanzmärkten verknüpft und ist dadurch auf indirekten Wegen betroffen. Ausländische Direktinvestitionen, Portfolioinvestitionen und Kredite für Entwicklungs- und Schwellenländer gehen infolge der Rezession und der Rettungspakete in den Industrieländern dramatisch zurück. Das Geld aus dem Süden wird regelrecht durch die Finanzzentren der Industrieländer für die Rettung von Banken abgesaugt. Nach Angaben des *Institute for International Finance* sind die Kapitalzuflüsse in die Entwicklungsländer 2008 im Vergleich zum Vorjahr um 50% auf 466 Mrd. US\$ zurückgegangen. Für 2009 ist mit einem weiteren Rückgang um 300 Mrd. US\$ auf 165 Mrd. US\$ zu rechnen. Etwas mehr als die Hälfte davon ergeben sich aus der Verschlechterung der Geldzuflüsse von Privatbanken an Schwellenländer. Nach Berechnungen der Weltbank beläuft sich der gesamte Finanzierungsbedarf infolge der Austrocknung des Bankentransfers für Entwicklungsländer auf 1,4 Billionen US\$. Unmittelbare Folge dieses gigantischen Ressourcentransfers könnte die Wiederentstehung einer Schuldenkrise sein¹.

¹ Das Institute of International Finance (IFF), die Lobbyorganisation der weltweit größten Finanzinstitutionen schreibt über den Schuldendienst für das erste Halbjahr 2009: "Private sector borrowers have at least \$100 billion of debt service for market-based borrowing falling due in the first half of 2009. At the current level of market access, borrowers seem able to issue not much more than half this total. Policy makers in both mature and emerg-

Dabei erfreute sich Subsahara Afrika seit fünf Jahren eines starken Kapitalzuflusses in Form von ausländischen Direktinvestitionen, Portfolioinvestitionen und Krediten, der nun infolge der Rezession in den Industrieländern zurückgeht. Die meisten Banken in Niedrigeinkommensländern befinden sich im Besitz von internationalen Großbanken, d.h. die Bankfilialen haben derzeit keine zusätzlichen Ressourcen zur Verfügung, um den steigenden Finanzierungsbedarf zu decken (IMF 2009, S. 12). Die Verlangsamung bzw. der zu beobachtende Rückgang der Kapitalzuflüsse nach Afrika wird Finanzmärkte in einigen Ländern mit starker Wirtschaftsdynamik treffen: Nigeria, Kenia und Südafrika. Einige Länder haben die Kapitalzuflüsse für die Finanzierung von Infrastrukturprojekten eingesetzt, die jetzt brach liegen bleiben. Mehr als die Hälfte der Entwicklungsländer, insbesondere die Länder Lateinamerikas und Asiens, werden von einem Rückgang der ausländischen Direktinvestitionen betroffen sein.

Außenhandel und Rohstoffpreise brechen ein

Figure 2:



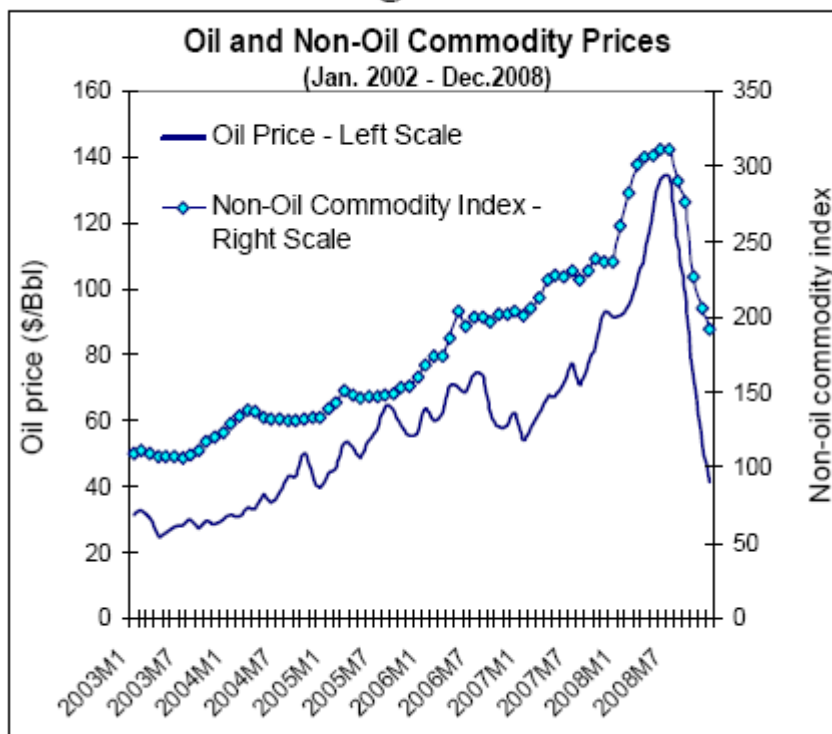
Quelle: Weltbank 2009

Mehr als 70% des globalen Handels wird zwischen den reichen Industrieländern abgewickelt. Gleichzeitig sind die Entwicklungsländer sehr stark abhängig von der Nachfrage aus Industrieländern. Süd – Süd – Handel macht nicht mehr als 10% des Welthandels aus. Infolge der, von internationalen Finanzinstitutionen verordneten, Liberalisierung wurde der Außenhandel seit 1991 zur Hauptquelle des Wachstums in den meisten Entwicklungsländern. Die einheimische Produktion ging vielerorts zugrunde, der Export von Rohstoffen wurde zum Herzstück der neuen Weltbankstra-

ing markets would be well advised to address this refinancing problem head on in the weeks and months ahead" (IIF 2009).

ategie. Die Rolle der Entwicklungsländer als Rohstofflieferanten wurde damit zementiert: Mehr als 70% der Exporte aus Entwicklungsländern sind Rohstoffe oder Agrarprodukte. Rohstoffexporte sind stark prozyklisch, d. h. wachsen die Wirtschaften der Industrie- und Schwellenländer, wächst auch die Nachfrage nach Rohstoffen. Doch nun geht infolge der Rezession die Nachfrage nach den meisten Rohstoffprodukten in sämtlichen OECD – Ländern zurück. Die Preise der wichtigsten Primärexportgüter wie Erdöl, Mineralien und Nahrungsmittel sind seit Ausbruch der Finanzkrise sehr abrupt gefallen: Ölpreise um mehr als 70%, mineralische Rohstoffe um mehr als 50% und Nahrungsmittel um mehr als 35% (IMF: 2009a). Insgesamt sank der Index für Industrierohstoffe von 270 auf 150 Punkte (siehe Grafik).

Figure 1



Source: DEC Prospects Group, World Bank

Rücküberweisungen von Arbeitsmigrant/-innen nehmen ab

Zahlreiche Länder hängen sehr stark von Rücküberweisungen der in die USA, Japan und Europa emigrierten Arbeiter/-innen ab. Zwischen 2000 und 2007 haben sich die Auslandsüberweisungen von Arbeitsmigrant/-innen mehr als verdoppelt. Mehr als 283 Mrd. US-Dollar wurden nach Angaben des IWF 2008 von mehr als 200 Millionen Menschen in ihre Herkunftsländer überwiesen. Das sind mehr als 1,8% des aggregierten Bruttoinlandproduktes (BIP) dieser Länder.

Die Rücküberweisungen machen in manchen afrikanischen Ländern das Sieben- bis Achtfache der öffentlichen Entwicklungshilfe aus und sind häufig eine verlässlichere Einnahmequelle als Auslandsinvestitionen oder Entwicklungshilfe.

Alleine nach Subsahara Afrika flossen im Jahr 2008 mehr als 20 Mrd. US\$ an Rücküberweisungen. Bezogen auf den Anteil am BIP sind die größten Empfänger allerdings Tadschikistan (45%), Moldawien (38%), Tonga (35%), Lesotho (29%) und Honduras (25%). Weitere wichtige Zielländer von Rücküberweisungen in Afrika sind

Nigeria, Kenia, Sudan, Senegal, Uganda und Südafrika, die absolut die größten Beträge erhielten. In Lateinamerika fließen mehr als 45% der Rücküberweisungen für die Region nach Mexiko, Brasilien und Kolumbien (IDB: 2009).

Tabelle 1: Rücküberweisungen in die Entwicklungsländer, 2006-2008 (in Mrd. US\$)

	2006	2007	2008e
(in Mrd. US\$)			
Entwicklungsländer	229	265	283
<i>(in % des BIP)</i>	<i>(2.1)</i>	<i>(2.0)</i>	<i>(1.8)</i>
Ostasien und Pazifik	53	58	62
Europa und Zentralasien	39	51	54
Lateinamerika und Karibik	57	61	61
Mittlerer Osten und Nordafrika	27	32	35
Südasien	40	44	51
Subsahara Afrika	13	19	20
Wachstumsrate (in %)			
Entwicklungsländer	18%	16%	7%
Ostasien und Pazifik	13%	10%	7%
Europa und Zentralasien	23%	31%	5%
Lateinamerika und Karibik	18%	6%	0%
Mittlerer Osten und Nordafrika	10%	20%	8%
Südasien	20%	11%	16%
Subsahara Afrika	35%	42%*	6%

Quelle: Weltbank 2009

Rücküberweisungen haben sich als besonders resistent gegenüber Krisen erwiesen und sogar antizyklischen Charakter gehabt, denn sie wachsen dann am stärksten, wenn das Empfängerland von ungünstigen Entwicklungen oder externen Schocks heimgesucht wird. Die Tiefe und die Breite der gegenwärtigen Finanzkrise werden sich allerdings negativ auf die Rücküberweisungen auswirken, denn der finanzielle Spielraum von Arbeitsmigrantinnen und -migranten wird sehr eng. Zwar sind Prognosen in diesem Bereich immer noch ungewiss, aber angesichts des Rückgangs der Aufträge in den Industrien, in denen Migranten beschäftigt sind (z.B. die Bauindustrie), sind die ersten Anzeichen bereits Ende 2008 erkennbar: Die Rücküberweisungen zeigten bereits im dritten Quartal 2008 eine nachlassende Dynamik und das Wachstum ging 2008 im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren zurück (siehe Tabelle oben).

Maßnahmen und Umgang mit der Krise

Die Stellung der Entwicklungs- und Schwellenländer ist infolge der neoliberalen Reformen der neunziger Jahre allen Beteuerungen der internationalen Finanzinstitutionen zum Trotz viel exponierter gegenüber den Turbulenzen der Weltwirtschaft geworden (siehe Falk 2009). Dies zeigt sich nicht nur durch die vorangegangenen Krisen von Nahrungsmittel- und Ölpreisen, sondern gerade auch jetzt mit der Krise der Finanzsysteme. Die angebliche „Abkopplung“ und der Schutz, der durch liberale

Wechselkurse entstehen sollte, hat sich angesichts der gegenwärtigen Krise als eine Fata Morgana erwiesen.

Mehr als 30 von Primärgüterexporten abhängige Länder mit niedrigen Einkommen erleben seit 2008 dramatische Refinanzierungsprobleme. Hier zeigt sich, dass die starke Handelsliberalisierung, die diese Länder beim Beitritt zur Welthandelsorganisation sowie zur Erfüllung von Auflagen bei der Vergabe von Krediten durch IWF und Weltbank, zusammen mit der rabiaten Liberalisierung ihrer Kapitalbilanz, die ebenfalls von IWF und Weltbank verlangt wurde, zu einer Verschlechterung ihrer Austauschverhältnisse führte. Beides zusammen trug zu einer Konzentration von Reichtum und Einkommen in den Zentren des globalen Kapitalismus und zur Degradierung dieser Länder zu Rohstofflieferanten bei.

Nach Einschätzungen des IWF wird der Finanzierungsbedarf dieser Länder infolge des Rückgangs von Exporteinnahmen allein für das Jahr 2009 mehr als 25 Mrd. US\$ betragen. Weniger optimistische Einschätzungen gehen von einer Belastung von mehr als 150 Mrd. US\$ aus, die die öffentlichen Haushalte dieser Länder erleiden werden. Dies sind die Folgen einer Krise, die in den Zentren des Neoliberalismus in New York, London und Frankfurt ihren Ursprung findet. Nach Einschätzungen der Weltbank liegt der Finanzierungsbedarf von Entwicklungsländern allein für das Jahr 2009 zwischen 270 und 700 Mrd. USD je nach Schlagkraft der Krise und Art der zu treffenden Maßnahmen (Weltbank 2009).

Es geht im Grunde um die direkte Zerstörung von nationalem Vermögen dieser Länder infolge der Krise. Denn diese Summen müssen letztlich aus den Währungsreserven aufgebracht werden, die sie auf Kosten eigener Entwicklungsanstrengungen zu Diensten der liberalisierten Kapitalbilanz aufgebaut haben.

Zahlungsbilanzdefizite finden meist ihre Entsprechung in der Kapitalbilanz als Kapitalbilanzdefizite, die durch höhere Verschuldung finanziert werden müssen. Der Schock in der Zahlungsbilanz wird in den optimistischen Prognosen auf 165 Mrd. US\$ beziffert (IMF 2009). Mehr als 30 Länder werden die unmittelbaren Folgen der Krise nur mit externer Finanzierung managen können. Die Auslandverschuldung wird sich auch dadurch verschärfen, dass ausländische Direktinvestitionen drastisch zurückgefahren werden. Der erhöhte Finanzierungsbedarf führt zu Neuverschuldung teilweise bei neuen Gläubigern, deren Verhalten im Falle neuer Schuldenkrise nur schwer abzuschätzen ist. Die vergangenen Finanzkrisen in Lateinamerika und Asien ließen den Schwellen- und Entwicklungsländern kaum Alternativen. Der einzige Weg für die Entwicklungsländer sich vor den externen Schocks zu schützen und einen stabilen Wechselkurs aufrecht zu erhalten, war zudem ihre Währung unterbewertet zu halten. Wenn aber die nationalen Währungen abgewertet werden, erhöht sich auch dadurch die Auslandsverschuldung, da sie in harten Währungen aufgenommen wird.

Der Staat steht in diesen Ländern stark unter Druck. Die Zunahme von Arbeitslosigkeit und Armut bei gleichzeitigem Rückgang der Einnahmen, schwächen ihn weiter. Nothilfeprogramme für Menschen in Hungersituationen können ohne staatliche Hilfe die Ärmsten jedoch nicht rechtzeitig erreichen. In einer solchen Situation klingt es befremdlich, wenn Politiker aus den Ländern, die diese Krise zu verantworten haben, stur gegen eine Unterstützung öffentlicher Haushalte zur Finanzierung von Armutsprogrammen in den Entwicklungsländern auftreten. Und das in einer Zeit, in der sogar der IWF das predigt, wofür sie diese Länder jahrelang bestraft haben: „Transferprogramme, die insbesondere die Ärmsten begünstigen, bewirken oft eine größere Ankurbelung der aggregierten Nachfrage, da sie eine stärkere Konsumneigung haben.“ (IWF, 2009, eigene Übersetzung).

Das Ende des Neoliberalismus

Die Finanzkrise wird somit auch zu einer Systemkrise, die das Ende eines Paradigmas in der Wirtschaftstheorie und –politik, nämlich das des Neoliberalismus, einleitet. Für die Länder mit niedrigen Einkommen heißt das konkret die Abrechnung mit dem „Washingtoner Konsens“: Jahrzehntlang haben der IWF und die Weltbank gemeinsam mit den Regierungen der USA und anderen führenden Industrienationen die Liberalisierung der Kapitalbilanz, die absolute Autonomie der Zentralbank und damit der Geldpolitik, die bedingungslose Liberalisierung des Außenhandels und den Zwang zu einer prozyklischen und restriktiven makroökonomischen Stabilitätspolitik durchgesetzt. Sie drückten über die Auflagen bei der Vergabe von Krediten oder bei Schuldenerlassen Entwicklungs- und Schwellenländern ihre makroökonomischen Vorstellungen auf, die als Washingtoner Konsens bezeichnet werden.

Dieser war zwar infolge wiederkehrender Finanzkrisen in den Schwellenländern (Mexiko, 1994, Russland 1995, Asien 1997, Brasilien 1998, Argentinien 2000, Türkei 2001) in den letzten Jahren auf dem Rückzug und drohte gar, den Bedeutungsverlust des IWF einzuleiten. Er wurde aber bei weitem nicht in allen seinen Kernkomponenten in Frage gestellt. So wurden wichtige Aspekte des Paradigmas, die auch als Säulen dieser Entwicklungstheorie verstanden werden könnten, nicht in Frage gestellt.

Was tun?

Die Länder mit niedrigen Einkommen befinden sich in einer Notsituation infolge einer Krise, die von den reichen Industrieländern verursacht wurde. Zudem haben die aufgezwungenen Reformen der letzten zwei Jahrzehnte ihre Anfälligkeit gegenüber externen Schocks erhöht. Die Suche nach Lösungen umfasst eine ganze Reihe sehr vielfältiger Ansätze, kurzfristige und langfristige, die das System von unterschiedlichen Seiten transformieren müssen:

- Zur unmittelbaren Krisenbekämpfung muss ein globales Finanzpaket zur Ankurbelung der Wirtschaft in den Entwicklungsländern geschnürt werden. Die Bundesregierung hat bislang mit ihrem Konjunkturpaket II lediglich 100 Millionen Euro für Infrastrukturprojekte der Weltbank zur Verfügung gestellt: Das ist zu wenig und ein Zeichen dafür, dass die Bundesregierung immer noch nicht ganz verstanden hat, worum es geht. Wichtig ist nämlich, dass ein solches Finanzpaket nicht in eine neue Schuldenkrise der betroffenen Länder mündet.
- Insbesondere die USA, Großbritannien und Deutschland sind herausgefordert Steuerparadiese auszutrocknen, um der Kapitalflucht aus den Entwicklungsländern Einhalt zu gebieten. Umfassende Reformen sind in den reichen Industrieländern notwendig, um sämtliche von Rechtsanwälten, Buchhaltern und ihren Kunden angewendeten Tricks zur Erzielung von Vorteilen aus den Steuerparadiesen zu unterbinden. Sie müssen verbindlich beschlossen werden. Vor allem müssen die Entwicklungsländer im Kampf gegen Steuerhinterziehung und Korruption stärker unterstützt werden. Sie können nur dann von Maßnahmen gegen Steueroasen profitieren, wenn beschlossen wird, dass Informationen automatisch - und nicht nur auf konkreten Verdacht hin - zwischen allen nationalen Steuerbehörden ausgetauscht werden.
- Voraussetzung hierfür ist auch eine engere Zusammenarbeit zwischen den Regierungen, nicht nur um Steuerhinterziehung und den Missbrauch mit Transferpreisen zu unterbinden, sondern auch um Korridore für Körperschaftssteuern zu

definieren, sowie neue Formen für eine internationale Besteuerung (insbesondere die Besteuerung von Währungstransaktionen) zu beschließen, die signifikante Ressourcen mobilisieren könnten.

- Eine stärkere Partizipation von Entwicklungsländern bei den zu schaffenden Regulierungsinstanzen ist von besonderer Bedeutung. Es geht hierbei um die Foren für Finanzstabilisierung, aber auch um die Instanzen, die mit der Definition von Standards beauftragt sind.
- Investitionen und Kredite sind eine tragende Säule für die Entwicklung. In der Vergangenheit wurde staatliches Eigentum an Banken, wie es beispielsweise über staatliche Entwicklungsbanken praktiziert wurde, nach den Vorgaben des Washingtoner Konsens immer weiter zurückgedrängt. Staatliches Eigentum, so die Devise, hemme die Entwicklung des Finanzsektors und verlangsame das Wachstum. Finanzsysteme in Entwicklungsländern brauchen aber eine staatliche Regulierung, um Investitionen und Kredite sinnvoll zu lenken. Entwicklungsländer sollten die Möglichkeit haben, aus einem Menü von Optionen die beste Alternative für ihre nachhaltige Entwicklung zu wählen.
- Da die Bedrohung durch eine neue Schuldenkrise mit der Finanzkrise sehr viel wahrscheinlicher geworden ist, bleibt in diesem Zusammenhang auch die Etablierung einer völlig neuen Architektur für das Schuldenmanagement aktuell. Die Beziehungen und Kräfteverhältnisse zwischen Gläubigern und Schuldner müssen transparenter und gerechter gestaltet werden. Die Forderung nach einem fairen und transparenten Schiedsverfahren nach den Prinzipien nationalstaatlicher Insolvenzverfahren, wie es seit vielen Jahren von zivilgesellschaftlicher Seite gefordert wird, muss dringend umgesetzt werden. Im Rahmen eines solchen Verfahrens darf die Frage der Schuldentragfähigkeit nicht mehr vorrangig dem Interesse der Gläubiger dienen, sondern sollte vielmehr in einem neuen Paradigma an dem Ziel menschlicher Entwicklung orientiert sein.
- Seit dem Zusammenbruch des Bretton Woods Systems 1973 bleiben die Währungsinstabilitäten in den Relationen zwischen US-Dollar, Euro und Yen eine der Hauptursachen für die Enteignung von nationalem Vermögen aus den Entwicklungsländern. Ein multilaterales Wechselkursregime ist die einzige Lösung, um Entwicklungsländer vor externen Schocks im Welthandel und vor Währungsspekulationen der Hauptwährungen zu schützen.

Angesichts der Erfahrungen der Vergangenheit sollte es mit äußerster Vorsicht, ja Skepsis begleitet werden, wenn sich nun der IWF als oberster Krisenmanager zurückmeldet. Er war in der Vergangenheit Hauptverantwortlicher für den Einzug des Neoliberalismus in den Entwicklungsländern. Auch seine eher unrühmliche und kontraproduktive Rolle bei der Bewältigung der Asienkrise und ihre Ausdehnung auf andere Schwellenländer Ende der 1990er sollte eine Warnung sein. Zudem muss der IWF seine Mitverantwortung an der Entstehung dieser Krise mit den darauf folgenden Konsequenzen anerkennen. Wenn der IWF nicht bereit ist, die Lösung der Krise in einem Bruch mit dem alten Paradigma des Washingtoner Konsenses zu suchen, darf er nicht zum Krisenmanager gemacht werden. Das bedeutet konkret, dass die lange überfällige Demokratisierung des IWF, und auch der Weltbank, endlich vollzogen werden muss, oder es müssen neue Institutionen entstehen, mit einem Führungspersonal, das dem obersten Mandat einer nachhaltigen Entwicklung nachkommt.

Im Mittelpunkt der gegenwärtigen Krise steht der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit als globalisierte Produktionsfaktoren. Der Ursprung der Krise liegt also in einer ungeheuren Umverteilung von unten nach oben und in dem ständigen Zuwachs der Renditen des Finanzkapitals auf Kosten der Lohnarbeit weltweit. Diese Logik machte -

von wenigen Ausnahmen abgesehen – vor keinen nationalen Grenzen halt. Sie bestimmte und bestimmt immer noch die Logik des Kapitals sowohl in Deutschland und den USA als auch in China und Brasilien. Diese Logik zu überwinden bedeutet also das ganze System auf dem Kopf zu stellen und eine Umverteilung von oben nach unten, vom Kapital zugunsten der Arbeit herbei zu führen. Dafür müssen allerdings auf nationaler Ebene die Spielregeln verändert werden, um auf internationaler Ebene die grundlegenden Spielregeln einzuführen und neue Institutionen der Global Governance mit völkerrechtlicher Legitimation einzuführen. Diese neuen Institutionen sollten nicht die strukturelle Schwäche der Länder mit niedrigen Einkommen zementieren, sondern sich zum absoluten Ziel setzen, diese durch breitenwirksames und ökologisches Wachstum zu überwinden.

Die Krise sollte als Chance genutzt werden um mit dem neoliberalen Paradigma in den Entwicklungsländern ein für alle mal Schluss zu machen. Die Rolle der Zentralbanken in diesen Ländern muss überdacht werden. Breitenwirksames Wachstum ist unverzichtbar, um Hunger zu überwinden, mehr Gerechtigkeit zu schaffen, aber auch um den Schutz von nationalen Ressourcen und insbesondere von nationalem Vermögen zu garantieren. Es ist nur zu wünschen, dass die Neuentdeckung der Gesamtnachfrage langfristige Gültigkeit hat. Allerdings ist hier auch Vorsicht geboten: Die Konjunkturpakete dürfen keine rein nationale Angelegenheit bleiben. Die armen Länder können nicht gezwungen werden die Rechnung für eine Party zu zahlen, die woanders stattgefunden hat. Zwar brauchen diese Länder sofortige Refinanzierungsprogramme, die sollten aber nicht das schützen oder wieder aufbauen, was sie vor der Krise hatten, sondern sollten genutzt werden, die Wirtschaft und das Finanzwesen so zu transformieren, dass sie primär einem Wachstum zugunsten der Armen und einer nachhaltigen Entwicklung dienen.

Die Zivilgesellschaft sollte diesbezüglich den Prozess rund um die UN-Kommission unter Vorsitz des Wirtschaftsnobelpreisträgers Joseph Stiglitz verfolgen. Sie scheint derzeit der wichtigste Übergang in diese Richtung zu sein. Es geht nicht an, dass die mächtigsten Industrieländer, allen voran die USA und die EU, eine multilaterale Lösung der Krise weiterhin torpedieren.

Die von den G-20 Anfang April in London vereinbarten Maßnahmen mögen ein erster Schritt in die richtige Richtung sein, insbesondere was die kurzfristigen Instrumente angeht. Allerdings bleiben entscheidende strukturelle Veränderungen weit hinter den Erwartungen zurück. Diese strukturellen Maßnahmen setzen Veränderungen in den Wechselkursregimen, bei der Rolle des IWF und insbesondere der multilateralen Regulierung und Kontrolle der internationalen Finanzmärkte voraus, wie sie beispielsweise von der Stiglitz Kommission und der UNCTAD sehr viel weitergehender vorgeschlagen werden. Hierzu gehören auch strukturelle Veränderungen in der Schuldenmanagementstruktur und international koordinierte Maßnahmen zur Eindämmung der Auswüchse des Finanzkapitals. All das ist letztlich nur über eine radikale Abkehr vom Washingtoner Konsens möglich. Die Beschlüsse von London werden nur dann eine positive Wirkung entfalten, wenn sie weiter vertieft werden. Diese Vertiefung muss auf dem klaren Bekenntnis zu einer neuen Wirtschaftsordnung basieren, die den Menschen, nicht den Profit, in den Mittelpunkt ihres Handelns stellt.

Literatur

- Falk, R. (2008): Wie die Finanzkrise jetzt auch im Süden ankommt ... und der IWF plötzlich wieder da ist, in: Informationsbrief Weltwirtschaft und Entwicklung /W&E), Oktober, Luxemburg.
- IDB (2009): Las remesas en tiempos de inestabilidad financiera. El impacto de la crisis financiera sobre las remesas a América Latina y el Caribe, Washington.
- IIF (2009): Capital Flows to Emerging Market Economies Economies, January 27 2009, Washington.
- IMF (2009): Group of Twenty. Note by the Staff of the International Monetary Fund, Washington.
- IMF (2009): The implications of the Global Financial Crisis for Low – Income Countries, Washington.
- KfW (2009): Auswirkungen der Finanzkrise auf die Entwicklungsländer und Handlungsoptionen für die Entwicklungspolitik - Öffentliche Anhörung im AWZ am 11.02.2009, Stellungnahme der KfW.
- UN (2009): The Commission of Experts on Reforms of the International Monetary and Financial System, Recommendations, Draft, New York.
- UNCTAD (2009): The global Economic Crisis: Systemic Failures and multilateral Remedies, Report by the UNCTAD Secretariat Task Force on Systemic Issues and Economic Cooperation, New York and Geneva.
- Weltbank (2009): Swimming Against the Tide: How Developing Countries Are Coping with the Global Crisis, Washington.